

CORONA IN DER MONGOLEI



Wie schon im letzten Rundbrief mitgeteilt, hat die Mongolei durch ihre rigide Abschottung bisher keinen einzigen Coronafall im Inland selbst und keinen einzigen Todesfall. Die ca. 300 Fälle von festgestellten infizierten Personen sind allesamt Rückkehrer aus dem Ausland (mit Ausnahme eines französischen Ingenieurs von AREVA).

Wer zur Zeit in Mongolei einreist, wird ab Grenze für 3 Wochen in einer ärztlich und polizeilich überwachten Quarantäne in einem Einzelzimmer untergebracht. Waren es am Anfang noch freigeräumte Krankenhaus-Stationen, so sind es derzeit vorwiegend Hotels. Für die Unterbringung in diesen Hotels muss der Rückkehrer privat aufkommen. Nach diesen drei Wochen folgen noch einmal eine Wochen häusliche Quarantäne.

Zur Information: Derzeit wird angenommen, dass eine COVID-19-Erkrankung in den allermeisten Fällen nach etwa 14 Tagen ab Infizierung ausgebro-

chen ist. Es gibt aber Fälle, bei denen dies erst ab 20 oder mehr Tagen festgestellt wurde.

Derzeit haben sich etwa 11.000 Mongolen im Ausland registrieren lassen, um in die Mongolei zurückzufliegen. Insgesamt gibt es ungefähr 150.000 Expatriates, also Mongolen mit einem Wohnsitz außerhalb der Mongolei.

Waren es bis Juli gerade 3 Flüge pro Monat, mit denen Mongolen aus Asien (vor allem China und Korea), Amerika, Europa sowie Australien/Neuseeland zurückgeholt wurden, so sollen es ab August 14 Flüge pro Monat sein. Der aktuelle Flugplan ab dem 5.8. sieht für den August noch folgende Flüge vor: Seattle (1), Neu Delhi (1), Tokio (2), Frankfurt (3), Prag (1), Seoul (3), Istanbul (1), Sidney (1).

Bei einer durchschnittlichen Besetzung eines Flugzeugs der MIAT mit etwa 200 Personen wird diese Aktion mit den bekannten, sicher noch zunehmenden Registrierungen etwa 4 Monate dauern.

Einsteigen aber darf nur, wer sich vorher für etwa 70 EUR auf Corona hat testen lassen und der als nicht infiziert gilt, also mit großer Wahrscheinlichkeit auf dem Flug niemand anstecken kann.

Die Zahl von 11.000 Registrierungen lässt darauf schließen, dass immer mehr Mongolen im Ausland direkt von den sozialen Folgen der Pandemie betroffen sind: sie verlieren ihre Arbeit, ihre Studienvisa werden nicht verlängert oder laufen wegen Schul- oder Studienabschluss aus (uns ist ein Fall eines Internatsschülers in Deutschland bekannt). Viele dieser Rückkehrer stehen schon jetzt wirtschaftlich vor dem Nichts. Ihre Stipendien sind ausgelaufen, ihre Arbeit besteht nicht mehr und es gibt keinerlei Unterstützung seitens des mongolischen Staates. Auch in den meisten „Gast-“Ländern werden diese Menschen nicht durch ein Sozialsystem aufgefangen, das ihnen zumindest das Nötigste bis zum Heimflug bereitstellt. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Zahl von 11.000 Personen sich weiter erhöhen wird.

Während der „normale“ Auslandsmongole derzeit nicht sicher ist, wann er einen Rückflug zugeteilt bekommt, macht sich viel Unmut breit darüber, dass die Angehörigen der „Oligarchen“ offenbar bevorzugt werden. Diese Oligarchen haben vielfach schon sehr viel Besitz ins Ausland geschafft, womöglich doppelte Staatsbürgerschaften – doch dazu weiter unten.



WAHLEN IN DER MONGOLEI – ALLES BEIM ALTEN?

Am 24. Juni 2020 fanden in der Mongolei Wahlen zum nationalen Parlament (Ikh Khural – große Ratsversammlung) statt. (Für Mongolei-Begeisterte: in vielen Büchern über die historischen Mongolen ist vom Kurultai die Rede, auf der ein Nachfolger des großen Khaans gewählt wurde. Dies ist dasselbe Wort).

Der Wahl vorausgegangen war zum einen die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes, zum anderen auch eine große Empörung über die bekannt gewordenen Korruptionsfälle quer über die beiden Parteien (Demokratische Partei – DP – und mongolische Volkspartei – MVP). Das neue Wahlgesetz benachteiligt eindeutig kleinere Parteien und Einzelkandidaten in noch größerem Ausmaß als das bisherige Gesetz, das ebenfalls ein reines Mehrheitswahlrecht war (The winner takes it all). So wurden jetzt die bisherigen 76 Wahlkreise zu nur noch 29 zusammengelegt, wobei die Anzahl der Parlamentssitze gleich blieb. In diesen Wahlkreisen konnten die Wähler dann zwei oder drei Stimmen abgeben und die einzelnen Parteien mehrere Kandidaten aufstellen. Dabei war es verboten, Stimmen auf einen Kandidaten zu kumulieren. Die Kandidaten mit den meisten Stimmen wurden dann ins Parlament gewählt. Es war absehbar, dass damit jeder

lokal bekannte Oppositionelle noch weniger Chancen als bisher hatte, gewählt zu werden. Mongolen, die im Ausland leben, können sich nicht an der Wahl beteiligen. Dies betrifft etwa 5% der möglichen Wahlberechtigten.

Des weiteren verbot das Wahlgesetz, dass Personen, die wegen Korruption verurteilt sind, sich zur Wahl stellen dürfen. Insgesamt sieben Kandidaten, davon einer aus der MVP und drei aus der DP, mussten ihren Wahlkampf zuletzt aufgrund von Vorwürfen aus der Untersuchungshaft heraus führen. Dennoch gelang es J. Erdenebat, ehemaliger Premierminister und Kandidat für die MVP, ein Mandat in der Selenge-Provinz zu erringen.

Im Ergebnis bekam die mongolische Volkspartei 62 Sitze (vorher: 64), die Demokratische Partei 11 (vorher 9). Drei Sitze wurden von anderen Kandidaten erobert:

Einen Sitz errang der ehemalige DP-Premierminister Altanchujag (August 2012 bis 5.11.2014) im Bezirk Orkhon (mit Erdenet als Hauptstadt). Nach dem Wahlsieg von Staatspräsident Battulga war Altanchujag für mehrere Jahre als einer seiner beiden engsten Berater tätig gewesen. Nachdem er Anfang 2020 seine Rückkehr in die aktive Politik angekündigt hatte, wurde er aus seinem DP-Ortsverband ausgeschlossen. Mit dem Wahlversprechen, eine gerechtere Verteilung der Profite aus dem Rohstoffabbau herbeizuführen, ist es ihm offensichtlich

gelungen, eine breite Wählerschicht in der Bergbau-Stadt Erdenet anzusprechen.

Einen weiteren Sitz im gleichen Wahlbezirk errang Sainkhuu Ganbaatar von der Liste „Unser Bündnis“. Ganbaatar war 2017 bei den Wahlen zum Staatspräsidenten als Kandidat der Mongolischen Revolutionären Volkspartei auf dem dritten Platz gelandet.

Ebenfalls einen Sitz konnte die Arbeiterpartei (HUN) im Bündnis „Elektorat“ gewinnen mit dem Kandidaten Togmidin Dorjhand im Bezirk Khan-Uul in Ulaanbaatar. „Elektorat“ kann sinngemäss mit „Wir sind das Wahlvolk“ übersetzt werden.

Alle drei stehen in Opposition zur bisherigen Oligarchie, die den Reichtum der Mongolei parteienübergreifend unter sich verteilt und nun in diesen Wahlen einen Denkkzettel bekommen hat, der sich (noch) nicht in einer Verschiebung des Parteienspektrums ausdrückt. Diese feudalistisch anmutende Oligarchie wird in der Mongolei allgemein als MANAN (mongolisch Nebel) bezeichnet. Dieses Kunstwort setzt sich zusammen aus den Abkürzungen für die beiden Partien MVP (MAN) und Demokratische Partei (AN) zusammen.

Dass in der Stadt Erdenet die bisherigen Nebel-Parteien gar keinen Sitz errangen, liegt mit Sicherheit auch daran, dass die Kupfermine und -fabrik dort Schauplatz eines der größten Korruptionsfälle der letzten Jahre war.

Diese Ablehnung der bisherigen Politik wird auch daran deutlich, dass eine Reihe von Vertretern der mongolischen Oligarchie bzw. Kleptokratie bei dieser Wahl nicht mehr gewählt wurden. So konnten weder der Vorsitzende der DP, Erdene noch der ehemalige Premierminister R. Amarjargal (7/1999 bis 7/2000, ebenfalls DP) ihre Mandate verteidigen. Die mongolische Volkspartei ihrerseits war so klug, einige der am meisten kompromittierten Vertreter gar nicht mehr zu nominieren. Stattdessen wurde eine Reihe von neuen Gesichtern als Kandidaten aufgestellt

KORRUPTIONSPROZESSE

In einem unserer letzten Rundbriefe haben wir den Journalisten Jargalsaikhan (defacto-Gazette) zitiert, der daon sprach, dass Corona eine Bedrohung für die Mongolei darstelle. Die eigentliche Krankheit aber, an der die Mongolei leide, sei die

Korruption. Die Ereignisse der letzten Woche lassen hoffen, dass nun zumindest ein Teil dieses Korruptionssumpfes trockengelegt werden könnte.

Nach den Wahlen kam es zu einer ganzen Serie aufsehenerregender Urteile. Die Ermittlungsverfahren waren dabei oft jahrelang verschleppt worden:

- Sandschaagiin Bayar, ex-Premierminister (2007 - 2009), 5 Jahre wegen Korruption
- Mendsaichaniin Enchsaichan, ex-Premierminister (1996 - 1998), Korruption
- Dschargaltulgyn Erdenebat, ex-Premierminister (2016 - 2017), Korruption
- S. Bayanzogt, ex-Finanzminister, 10 Jahre wegen Geldwäsche
- D. Ganbold, Korruption
- N. Nomtoibajar, ex-Sozialminister, Korruption
- B. Bajambasaikhan, ex-Minister unter Saikhanbileg, 4 Jahre wegen Korruption
- D. Gantulga, ex-Abgeordneter, 4 Jahre wegen Vergewaltigung
- S. Bajanselenge, ex-Bauministerin, Korruption
- Bat Kurts, ex-Geheimdienstchef, 3 Jahre wegen Folterung im Fall Zorig (er war auch in Deutschland wg. Entführung verhaftet; Einreiseverbot in die EU)
- Soltan, Ex-Abgeordnete, 3 Jahre wegen Korruption
- Batkhuu; er hatte sich 109 Millionen USD von einer südafrikanischen Bank geliehen und dafür als Bürgschaft die staatliche Kupfermine und -fabrik in Erdenet hinterlegt. Der Kredit wurde nicht zurückbezahlt und die Mongolei musste 40 Millionen bezahlen. Das Urteil steht noch aus.
- Batzorig, ex Minister für Landwirtschaft und Lebensmittel; er hat billige Kredite an Abgeordnete bewilligt, die diese dann mit bis zu knapp 40% weiter gegeben haben (s.u.). Er wurde verurteilt zu 40 Millionen Tugrik Geldstrafe (12.000 EUR) und 5 Jahre Beschäftigungsverbot im öffentlichen Dienst. Eine Haftstrafe wurde ihm wegen Schuldeingeständnis erlassen. Er hatte u.a. ungefähr 500.000 EUR an die Firma seiner Frau weitergeleitet.

Badarchiin Erdenebat, ex Miister für Verteidigung (2004) und Energie (2006), 7 Jahre für Betrug und Geldwäsche; ehemals Vorsitzender Mutter-

landspartei, die seit 2008 bei Wahlen kaum mehr eine Rolle spielt und nicht mehr im Parlament vertreten ist. Er hält 60% der Aktion der Arig-Bak (ehemals: Erel-Bank). Diese Bank war 2019 wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung von der Bankenaufsicht untersucht worden. Als Bank verdient Arig gerade bei der Finanzierung von kleinen und mittleren Untenremen.

Weitere Prozesse und Urteile werden folgen.

Einem Gerichtsverfahren durch Flucht in die USA entzogen hat sich Tschimediin Saikhanbileg, ex-Premierminister (2014 - 2019). Er hat sich dort eine der prominentesten Anwaltskanzleien für delikate politische Angelegenheiten genommen: Amsterdam and partners. Es lohnt sich, deren Selbstdarstellung zu lesen:

<https://amsterdamandpartners.com/about-amsterdam-partners-llp/>

Ein aktueller Korruptionsfall, der im Herbst 2019 in der Öffentlichkeit große Proteste nach sich zog, war die weitverzweigte Bereicherung der Täter an dem eigentlich für die Ankurbelung der Wirtschaft und insbesondere zur Unterstützung kleinerer Betriebe gedachten Fonds privater Geldgeber, über den bis Ende 2019 680 Milliarden Tugrik (entspricht etwa 220 Millionen EUR) ausgezahlt wurden. Dieser sollte bis zu einem Höchstbetrag im Einzelfall von 700.000 EUR über 5 Jahre zu einem sehr geringen Prozentsatz von 3% als Kredit gewährt werden. Diese Kredite wurden in großer Zahl von den nun Verurteilten (und weiteren Angeklagten) an sich selbst bzw. ihr Klientel bzw. deren Scheinfirmen ausgezahlt. Das Geld wurde dann zu Wucherzinsen von bis zu knapp 40% weiter verliehen. Ungefähr ein Drittel des Fonds wurde so unmittelbar in die eigene Tasche umgeleitet.

Involviert ist auch der seit Oktober 2017 regierende Ministerpräsident und jetzige Wahlsieger Khurelsukh. Sein Bruder erhielt ebenfalls Gelder aus dem Fonds. In den Genuss des billigen Geldes kamen zudem 21 Parlamentarier, zwei inzwischen zurückgetretene Minister, sowie bis zu 14 weitere Personen, die innerhalb der Regierung, der Justiz sowie der Verwaltung hohe Posten innehatten oder noch immer -haben.

Wir haben in unseren Rundbriefen immer wieder über die Korruptionsfälle berichtet, soweit sie uns bekannt wurden. Genaueres kann auf unserer Download-Seite in den verschiedenen Newslettern nachgelesen werden. Großes Aufsehen erregte vor einigen Jahren ein einstündiges Interview mit dem „Masktai Hun“, dem „Mann mit der Maske“. Dieser hatte sehr konkret ausgeführt, wie das Sys-

B. TRAVEN: „DIE WEISSE ROSE“ AUF MONGOLISCH ERSCHIENEN

Unter dem Titel Zagaan Saarnai ist diese Geschichte einer mexikanischen Finca, die durch internationale Ölfirmen ruiniert und deren Besitzer ermordet wird, auf mongolisch erschienen. Geschrieben mit den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise von 1929, liest der Roman sich heute wie eine aktuelle Parabel für die Ereignisse in der Mongolei.

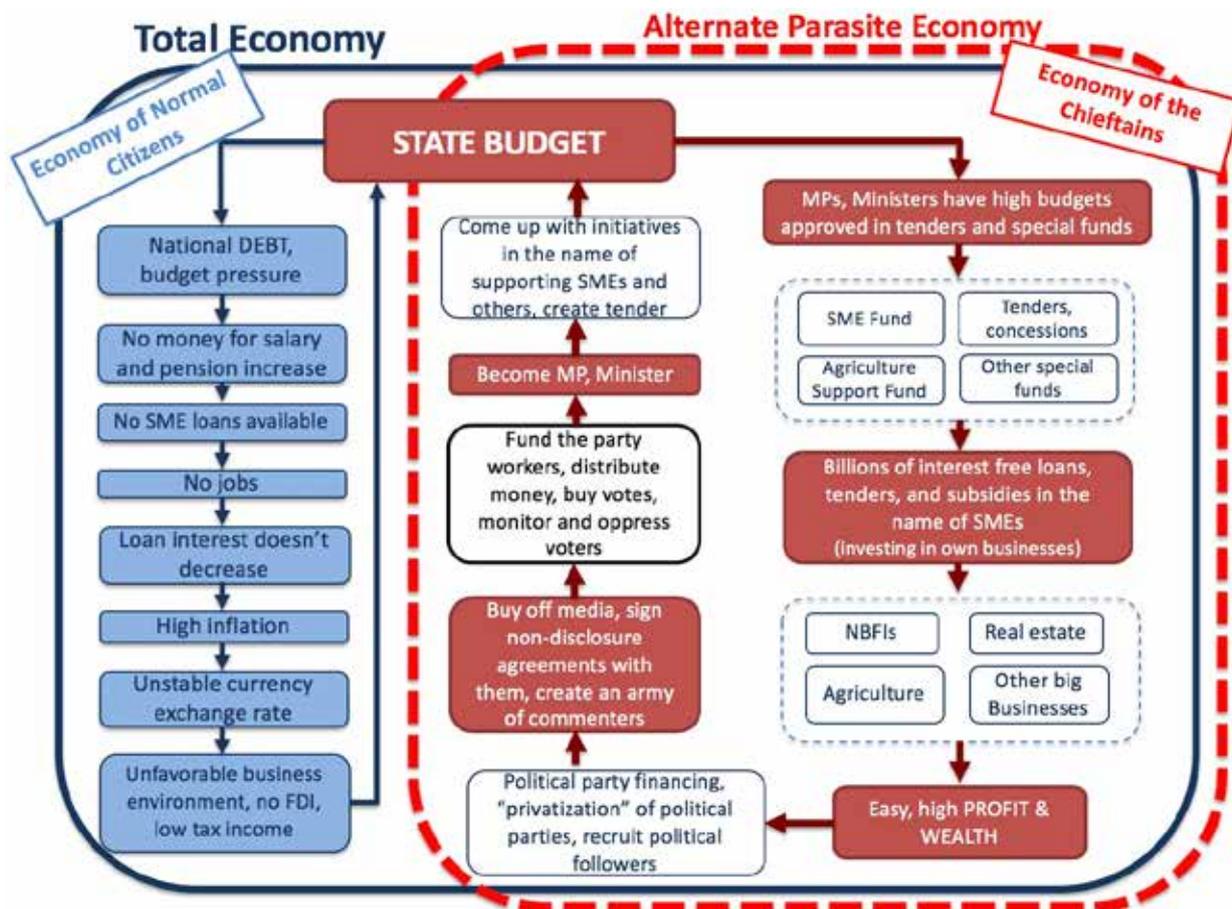
Übersetzung: Ayurzanyyn Tserenchuulun.

Eine der Theorien, woher die deutsche Widerstandgruppe „Weiße Rose“ um Sophie und Hans Schöoll ihren Namen bezog, nennt diesen Roman des anarchistischen Autors B. Traven als Namensgeber, der Anfang der dreissiger Jahre viel gelesen wurde. Traven hat sich immer als ein Sprachrohr der Unterdrückten der Länder des globalen Südens verstanden (vor allem in Chiapas in Mexico, wo er lange gelebt hat, und wo heute die Zapatisten Widerstand gegen die Ausplünderung leisten).

Es lohnt sich, dieses Buch auch (noch) einmal auf Deutsch zu lesen.



MONGOLEI RUNDBRIEF AUGUST 2020



tem der Korruption in der Mongolei funktioniert. Insbesondere hatte er herausgestellt, dass nahezu alle Oligarchen der heutigen Mongolei Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts gemeinsam in Moskau Ökonomie studiert hatten und so ein nachsozialistisches Wirtschaftssystem entworfen hatten. Es scheint, dass nun Teile der mongolischen Gesellschaft nach über 20 Jahren dieses System der Väterwirtschaft, wie es in vielen post-sozialistischen Staaten zu beobachten ist, satt haben.

Ein informativer Artikel findet sich hier:

<https://www.nzz.ch/international/mongolei-korruption-empoert-vor-den-wahlen-das-volk-ld.1456971>

Die Grafik auf dieser Seite über die parasitäre Oligarchenwirtschaft haben wir dem lesenswerten Artikel über B. Naidalaa, Gründer und Vorsitzender der Arbeiterpartei der Mongolei entnommen:

<http://blogs.ubc.ca/mongolia/2018/guest-post-alternate-economy-state-funds/>

Zur Erläuterung einiger dort verwendeter Begriffe:

- SME: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
- NBFi: Non-banking financial institution (Finanzinstitutionen ohne Banklizenz)
- Tender: Ausschreibung
- Concession: Zuschlag

WIE WEITER MIT DEM POLITISCHEN SYSTEM DER MONGOLEI?

Hintergrund dieser Prozesse und weiterer Maßnahmen der Regierung Khurelsukh ist der Versuch, das bisherige System der parteiübergreifenden Korruption und der Untergrabung der Unabhängigkeit der Justiz zu zerschlagen. Dieses System hat nur eine sehr kleine Oberschicht reich gemacht. Lokale Firmen, einheimische Produktion von Konsumgütern, inländische Wertschöpfung - all das findet nur in geringem Umfang statt. Eine Mittelschicht, die sich her bilden könnte, ist aber auf ein politisches System angewiesen, in dem die Verwaltung und Justiz kalkulierbar handeln.



Diese Notwendigkeit scheint die alte (und neue) Regierung unter Ukhnaagiin Khurelsukh erkannt zu haben, der jetzt wieder mit einer sicher scheinenden 80%-Mehrheit regieren kann. Allerdings täuscht diese Mehrheit über die Widersprüche innerhalb der Mongolischen Volkspartei hinweg. Schon in der vergangenen Legislaturperiode konnte er keinesfalls „durchregieren“, da die existierenden Widersprüche innerhalb seiner eigenen Fraktion ausgekämpft wurden. Möglicherweise ist auch die Behauptung, sein Bruder sei in Korruption verwickelt, ein Teil dieser Machtkämpfe. Es wird abzuwarten sein, ob sich im parlamentarischen System der Mongolei nun auch Parteien entwickeln können, die eine echte Opposition darstellen. Eine Änderung des Wahlrechts in Richtung eines Verhältniswahlrechts wäre dazu ein wichtiger erster Schritt.

STURM ÜBER OYU TOLGOI

Das Gewitter über Oyu Tolgoi (Jadehügel) hat Symbolkraft: Der Bergbauboom in der Mongolei scheint vorbei. Der Export der Kohle aus Tavan Tolgoi (5 Hügel) – vor allem in die VR China – ist anlässlich der Corona-Pandemie nahezu zum Erliegen gekommen und die erhofften Erlöse aus dem Oyu Tolgoi Geschäft mit Rio Tinto bleiben noch für Jahre aus. Im Gegenteil: Der Bergbauweise verlangt immer

mehr Nachschläge für die Erschließung des Untertage-Abbaus der Rohstoffe. In der Bevölkerung macht sich der Unmut über die Korruption und die immer höher werdende Staatsverschuldung breit. Die aktuellen Wahlen lassen ein wenig Hoffnung aufkeimen, dass das bisherige oligarchisch-kleptokratische System durch eine neue Generation von Politikern ersetzt werden könnte.

Eine interessante Stellungnahme eines führenden deutschen Ökonomen, Hans Werner Sinn vom IFO-Institut zum Desaster mit Rio Tinto beim Oyu Tolgoi-Projekt kann hier nachgelesen werden:

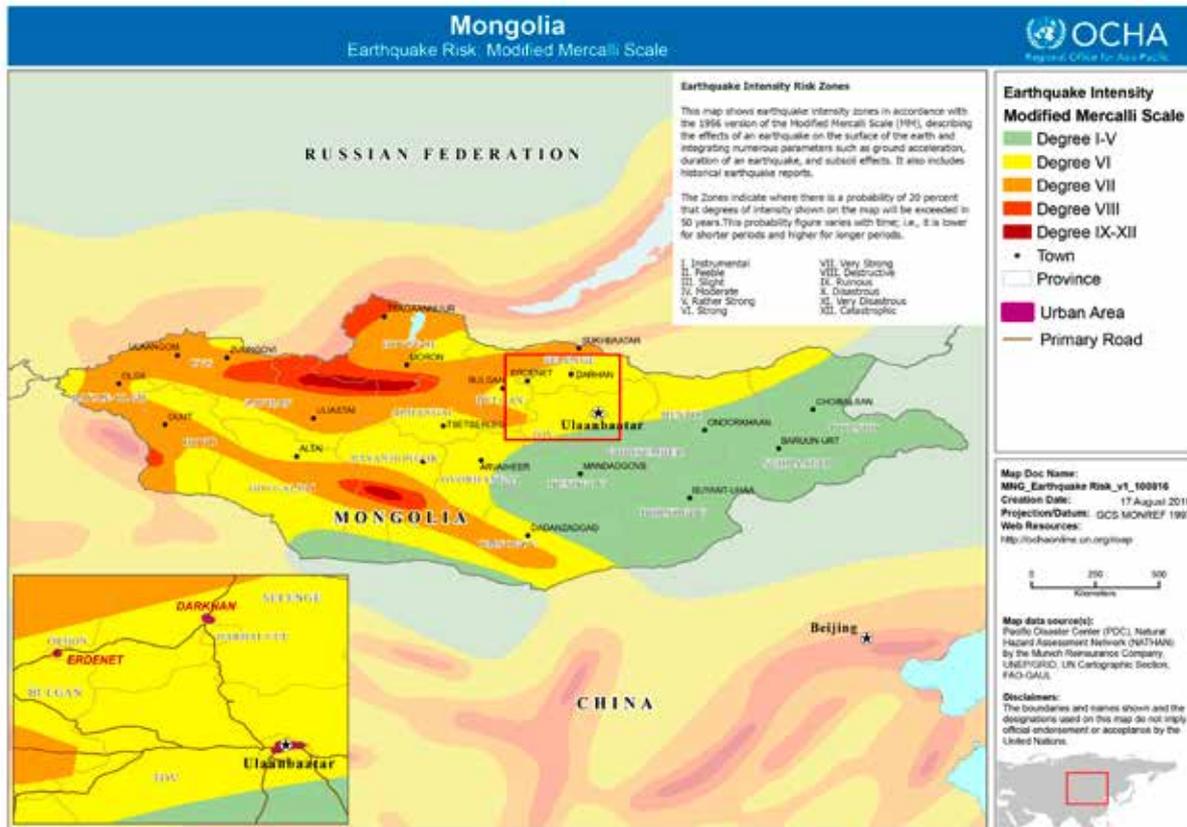
<https://www.pressreader.com/mongolia/the-ub-post/20170911/281505046377325>

Sinn stellt hier im Jahr 2017 fest, dass der Vertrag mit Rio Tinto dem mongolischen Staat über 25 Jahre keinerlei Einnahmen ermöglicht. Die Mongolei habe eine sehr lukrative Mine mit Kupfer im Wert von 25 Milliarden USD für wenig Geld verschleudert.

Und an anderer Stelle ganz schlicht: „Die Mongolei habe sich von Bergbaukonzernen über den Tisch ziehen lassen.... Sie hätte Anteile an den Ressourcen behalten sollen.“

https://www.hanswernersinn.de/de/Kommentar_NZZ_27022018

MONGOLEI RUNDBRIEF AUGUST 2020



ERDBEBEN UND ANDERE NATURKATASTROPHEN

Die Mongolei liegt in einem erdbebengefährdeten Gebiet, in dem verschiedene tektonische Platten aneinanderstoßen. Allein für 2020 wurden 15 Erdbeben mit einer Stärke von 4 oder größer auf der nach oben offenen Richterskala registriert. (In sehr viel geringerer Anzahl gibt es derartige Erdbeben auch in manchen Gegenden Deutschlands)

Die Verwerfung am Ikh Bogd Uul



<https://de.earthquake-report.com/2012/02/16/mongolia-earthquake-list/>

Die Mehrheit dieser Erdbeben ereignete sich außerhalb der Zentren, meist in der Senke der großen Seen im Westen und im Altai/Gobi Altai, aber auch einige im Süden und Osten. Das Beben von Tonkhil Anfang 2020 im Westen hatte allerdings die außergewöhnliche Stärke von 7,1. Das letzte Beben mit einer Stärke von 6,9 ereignete sich in Tschobalsan ganz im Osten am 4.7.2020, einen Monat davor



Die Verwerfung von Bolnai

wurde ein weiteres Beben mit einer Stärke von 4,3 bei Baruun Urt im Suhbaatar Aimak registriert. Diese Anzahl von größeren Beben, noch dazu in eher wenig gefährdeten Regionen, hat in der Mongolei dazu geführt, die Erdbebenüberwachung zu intensivieren.

Auch im Jahr zuvor hatten sich allein im Februar vier Erdbeben ereignet, darunter einige in der eher „gemäßigeren“ Zone der Mongolei. Bei Einsturz eines Minenschachts bei Zaamar an der Tuul starben 2 Bergarbeiter. Beben in einer Stärke um 4 – 5 sind in der Mongolei nahezu jährliche Ereignisse.

Eines der größten Erdbeben der neueren Zeit weltweit ereignete sich am 4.12.1957 am Ikh Bogd Uul im Bogd-Altai mit einer Stärke von 8,1. Dies war wahrscheinlich das zweitstärkste Erdbeben im 20. Jahrhundert (https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_earthquakes_in_1957).

Ob das Bolnai-Erdbeben von 1905, dem des Erbeben bei Tsetserleg im Khuvsgul-Amag (nicht zu verwechseln mit Ttsetserleg in Arkhangai) nur wenige Tage vorausging, tatsächlich noch stärker war, ist unklar. Diese Beben werden auf eine Stärke von bis zu 8,4 geschätzt, exakte Messungen fehlen. Der dortige Erdbebengraben von etwa 300 km Länge ist die weltweit größte sichtbare Verwerfung.

GANG – FUTTERMANGEL IM SOMMER...

Das Frühjahr war in der Mongolei allgemein zu trocken. Im Osten gab es gewaltige Sandstürme. Die Trockenheit führte in manchen Gegenden zum gefürchteten Gang, d.h. der Futterknappheit auf den ausgetrockneten Weiden. Zwei unserer Freunde mussten aus dem Somon Saikhan im Bulgan Aimak ca. 50 km weit ziehen, um ausreichend Weide für ihre Herden zu finden, ein anderer etwa 40 Kilometer nach Norden.

Dieses Ausweichen der Hirten auf bessere Weideflächen nennt man Otrar. Dabei wurden traditionell nicht die Gers (Jurten) abgebaut, sondern es wurden die blauen Giebelzelte (Maikhan) mitgenommen, die man immer wieder bei Sommerfesten (Naadam) oder auf alten Fotos sehen kann. Heute sind die planmäßigen Sommerplätze leicht mit dem Auto zu erreichen und es muss nur ein Hirte über Nacht bei den Tieren bleiben.

50% des Landes hat in diesem Jahr gute Bedingungen, 30% sind mittelstark betroffen und 20% haben große Probleme. Staatlicherseits ist die jährliche Kampagne zur Schaffung von Wintervorräten für Futter früher als üblich gestartet worden..

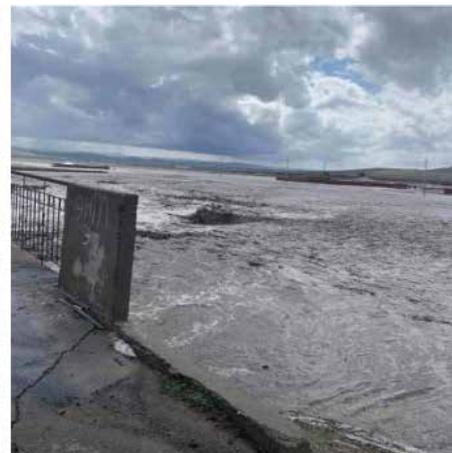


Sandsturm im Frühjahr

... UND SINTFLUTARTIGE ÜBERSCHWEMMUNGEN

Kaum war die Frühjahrsdürre vorbei, setzten sintflutartige Regen ein. Vielfach wurden Straßen weggeschwemmt. Insbesondere die große Straße von Ulaanbaatar nach Darkhan und weiter nach Russland wurde wieder stark betroffen. Sie war seit 2019 sowieso gesperrt, da sie grundlegend saniert werden soll. Mit den diesjährigen Wasserschäden wird sich diese Instandsetzung noch weiter verzögern.

Überschwemmungen im Sommer



Diese Klimaphänomene gleichen denen von 2018. Die Monsunwolken zogen über den Himalaya bis in die Mongolei und verursachten dort große Schäden in den Städten und Siedlungen. Dieses Jahr treffen die Starkregen vielfach auf eine ausgetrocknete Steppe, deren Oberfläche nicht durch frisches Gras zusammengehalten wird. Damit wird auch dort die fruchtbare Erde in die Täler gespült. Zurück bleiben Erosionsflächen, auf denen in den nächsten Jahren weit weniger Viehfutter wachsen wird.

Die Gletscher des Altai und die wenigen des Khangai werden in wenigen Jahrzehnten verschwunden sein. Die Flüsse in der Gobi und die großen Seen werden austrocknen und der Grundwasserspiegel weiter absinken. Gleichzeitig werden sich Trockenperioden und Starkregenereignisse ausdehnen. Ausgiebige Landregen, die für das Pflanzenwachstum und die Bildung von Grundwasser Voraussetzung sind, wird es immer weniger geben.

MONGOLISCH AN CHINESISCHEN SCHULEN NUR NOCH FREMDSPRACHE?

Ab September 2020 soll in Tongliao in der inneren Mongolei Schulunterricht in den Kernfächern nur noch in Mandarin abgehalten werden. Mongolisch soll nur noch als Fremdsprache unterrichtet werden.

Bisher war in Grund- und Mittelschulen Mongolisch noch als Unterrichtssprache zugelassen. Die Anzahl der Klassen, in denen auf Mongolisch unterrichtet wurde, ist seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts dramatisch zurückgegangen – von 110.000 auf 12.000 im Jahr 2009.

Tongliao ist eine kreisfreie Stadt in der Inneren Mongolei mit einer Fläche von 60.000 km² und 3,2 Millionen Einwohnern, 600.000 davon im eigentlichen Stadtgebiet. Etwas mehr als 50% sind Han-Chinesen und etwa 45% Mongolen. und 5% andere Minderheiten der VR China.

Von Aktivisten wird diese Maßnahme als ein Schritt angesehen, die mongolische Kultur auszurotten und die Sinisierung der hier lebenden Mongolen voranzutreiben. Von den 25 Millionen Einwohnern (Zensus 2015) sind mittlerweile weniger als 20% Mongolen (ca. 5 Millionen).

Die chinesische Verfassung von 1982 bestimmt in Artikel 4:

Allen Nationalitäten steht es frei, ihre eigene Sprache und Schrift anzuwenden und zu entwickeln [...]"

und in Artikel 121

„Bei der Ausübung ihrer Funktionen bedienen sich die Organe der Selbstverwaltung der Regionen mit nationaler Autonomie entsprechend den Bestimmungen der Autonomie-Vorschriften der jeweiligen Gebiete in Wort und Schrift der in dem betreffenden Gebiet gebräuchlichen Sprache bzw. Sprachen.“

Tatsächlich galten für die nationalen Minderheiten die Vorschriften der Ein-Kind-Politik nicht. Auch wurden ihre Sprachen gefördert. In vielen ländlichen Gebieten Chinas herrschte lange Zeit Analphabetismus, der erst langsam überwunden wird. Dies trifft heute immer noch für die autonome Region Tibet zu, wo mit abnehmender Tendenz immer noch etwa 30% Analphabeten sind. Auf Universitäten, bei Gericht und auf Behörden kann im Einzelfall entschieden werden, welche Sprache gesprochen werden soll. Die Kenntnis des Chinesischen ist aber überall eine Voraussetzung für höhere Bildung und eine höhere gesellschaftliche Stellung. Wissenschaftliche Literatur gibt es kaum in den Sprachen der Minderheiten.

Gegen die jetzigen Maßnahmen in Tongliao hat O. Tsogt, Universitätsdozent in Japan und ursprünglich aus der Inneren Mongolei eine Kampagne gestartet.

Für mehr Informationen siehe:
<https://unpo.org/article/21953>

Hier können Sie die Aktion der innermongolischen Aktivisten mit Ihrer Unterschrift unterstützen:

http://mongolhel.sakura.ne.jp/?fbclid=IwAR3RFrhONK8OzCo_BCD-LeFTOrNOXKpSeWc3J7oOHqUDisSW2a6UBN-ws43M

Wie Europa mit den Sprachen der nationalen Minderheiten umging und heute umgeht:

Nach der französischen Revolution gab es in Frankreich italienische, korsische, deutsche, bretonische, katalanische, baskische und spanische Minderheiten. Französischer Staatsbürger konnte aber nur werden, wer die französische Muttersprache als einzige Staatssprache anerkannte.

Diese rigide Durchsetzung der Mehrheitssprache als einziger Amts-, Justiz- und Wirtschaftssprache hat sich mittlerweile relativiert.

Eine Übersicht über die schulische Förderung der Sprachen nationaler Minderheiten findet sich hier:

https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/sites/eurydice/files/minority_languages_de.pdf

Eike Seidel, 9.8.2020